

## **ANFRAGEN an den Bürgermeister**

### **1) Reduktion der Parkplatzverluste auf Grund technischer Verkehrsmaßnahmen**

GR. **Mayr** stellt folgende Anfrage:

GR. **Mayr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf Grund von Maßnahmen, die in letzter Zeit vom Straßenamt angekündigt beziehungsweise umgesetzt wurden, kam es zu deutlichen Beschwerden aus der betroffenen Bevölkerung, da die Maßnahmen meist in Stadtviertel vorgenommen werden und werden sollen, in denen es nur ein knappes Parkplatzangebot für AnrainerInnen und Wirtschaftstreibende gibt.

Es gibt hier drei Maßnahmenbereiche, die einen Einfluss auf dieses Parkplatzangebot haben beziehungsweise haben könnten. Bei Maßnahmen zur Busbeschleunigung gibt es mittlerweile einen breiten politischen Konsens, auch danke an die Frau Vizebürgermeisterin, dass Maßnahmen in neuralgischen Straßenzügen wie der Keplerstraße zum Beispiel einerseits überdacht und zumindest mit allen Betroffenen entsprechend entwickelt werden.

Der zweite Punkt sind die möglicherweise durch Sicherheitsrichtlinien in der Straßenbahnverordnung von 1999 bedrohten Parkplätze entlang der Linien 1, 3, 7, also Reitschulgasse, Sparbersbachgasse, Leonhardstraße etc., da gab es vor kurzem eine für die Stadt Graz und für die Betroffenen positive Meinungsäußerung des Bundesrechnungshofes im Rahmen einer Prüfung bei der Graz AG, worauf der Vorstand der Graz AG auch sofort eine Überprüfung der rechtlichen Möglichkeiten für einen weitgehenden Erhalt der Parkplätze eingeleitet hat, auch von Seiten der Verkehrsplanung sind die entsprechenden Bemühungen im Gange.

Der dritte und letzte Punkt, der in der letzten Zeit auch in den Medien aktuell war, betrifft Maßnahmen der Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit zur Erhöhung der Sicherheit für FußgängerInnen bei den Zebrastreifen. Hier wurde und wird an einigen Stellen statt einer bauliche Ausformung des Gehsteiges eine massive Sperrung von Parkplatzflächen bevorzugt, das ist eben nicht überall, aber an manchen dieser von den insgesamt 51 Maßnahmen, sind ein paar davon betroffen, wo eben derzeit aus

Spargründen statt einer Ausformung des Gehsteiges eine Sperrung, also eine Sperrflächenmarkierung, vorgesehen ist.

Ich stelle daher namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e,**

bist du bereit, im Konsens mit der zuständigen Frau Vizebürgermeisterin Rücker, dich dafür einzusetzen, dass alle wichtigen Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs mit einem Minimum an Reduktion von Stellflächen für den ruhenden Verkehr verbunden sind und alle Maßnahmen diesbezüglich entsprechend überprüft und vor allem auch mit den Betroffenen abgestimmt werden (*Applaus ÖVP*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, vielen Dank, die Antwort fällt kurz aus, ja.

## **2) Feuerwache Kroisbach**

GRin. **Meißlitzer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wie den Medien zu entnehmen war, soll die Feuerwache in Kroisbach aus Kostengründen geschlossen werden, das ist für die Mariatroster eine herbe Verbitterung und dieser Plan stellt einen schweren Schlag für die Sicherheit der Bevölkerung im Grazer Osten dar. Allein wenn man daran denkt, dass am Stadtrand von Mariatrost riesengroße Siedlungen entstehen, dass dort auch Märkte entstehen, dass dort ein Park-&-Ride-Haus kommen wird, natürlich gibt es diese Studie, dass innerhalb von zehn Minuten ein Brandherd erreicht werden muss, aber die Stadtgrenze von Graz, sprich Marlandgründe, wird

mit dieser Erreichbarkeit sehr, sehr knapp werden und daher ist die Sicherheit dieser Siedlungen am Stadtrand eminent gefährdet. Es ist natürlich auch ein gehöriger Unterschied, ob bei einem Brand das erste Löschfahrzeug von Mariagrün abfährt, oder sich vom Lendplatz beziehungsweise Dietrichsteinplatz durch dichtesten Verkehr durchkämpfen muss.

Nachdem es nun wirklich nicht so sein kann, dass angebliche Budgetnöte - ich betone da jetzt ausdrücklich „angebliche Budgetnöte“, denn wenn ich von manchen krausen Ideen wie der sogenannten „Rolltreppe“ zwischen Hauptbahnhof und Jakominiplatz höre, hat es den Anschein, dass Geld doch keine Rolle spielt - ausschließlich zu Lasten der Sicherheit der Bevölkerung gehen, sehe ich das nicht ein und stelle ich an Sie, Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

ob Sie bereit sind, dafür zu sorgen, dass die Feuerwache in Kroisbach von der Berufsfeuerwehr weiterhin besetzt wird?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, Sie haben in Ihrer mündlichen Anfrage jetzt ein paar Dinge nebenbei erwähnt, das möchte ich auch nebenbei gleich mitbeantworten, wie zum Beispiel angebliche Budgetnöte. Ihre Fraktion ist seit Jahrzehnten maßgeblich auch im Finanzierungsbereich immer miteingebunden gewesen und es müsste mittlerweile jedem Gemeinderat und jeder Gemeinderätin klar sein, dass es sich nicht um angebliche Budgetnöte handelt, sondern dass wir tatsächliche Budgetnöte haben und ich bitte Sie auch, die Zeitungen genau zu studieren, ich habe natürlich jetzt auch Gelegenheit, Ihnen da eine Antwort zu geben, weil wenn Sie die sogenannte „Rolltreppe“, also die Idee, dass wir Straßenbahnzüge im innerstädtischen Bereich, im Wirtschaftsbereich auch für Kundinnen und Kunden gratis einrichten wollen, auch meinen Finanzierungsvorschlag dazu unterbreiten, der genau aus dem Grund der Budgetnöte heraus nur sich innerhalb des Eckwertes abspielen kann, was die Zuschüsse zum Handelsmarketing anbelangt, auf der einen Seite, auf der anderen Seite ich ganz klar gesagt habe, dass es ohne Unternehmen

in der Innenstadt auch gar nicht gehen wird, das heißt, die müssen dann auch dazuzahlen, wenn das nicht der Fall ist, wird es auch gar nicht kommen und somit, glaube ich, dass ich dieses Missverständnis, das Sie im zweiten Absatz Ihrer Anfrage im Text drinnen haben, vielleicht ausräumen konnte. Jetzt komme ich aber zur Feuerwache in Kroisbach. Mein Vorgänger im Brandwesen, Vizebürgermeister Walter Ferk, hat nach Absprache mit mir vor einiger Zeit eine Studie in Auftrag gegeben. Diese Studie oder die Ergebnisse dieser Studie liegen seit längerem vor, müsste auch ein Exemplar noch im Klub der sozialdemokratischen Fraktion zu finden sein, ansonsten bin ich gerne bereit, eines zu schicken. Diese Studie hat ergeben, dass wir die Feuerwache Kroisbach eigentlich auflassen sollten. Der Bezirksvorsteher Erwin Wurzinger, der Herr Branddirektor, den ich herzlich begrüßen möchte, und meine Wenigkeit haben dann versucht, diesen Standort nicht gleich aufzugeben, obwohl wir damit einige Probleme haben. Ein Hauptproblem ist, dass es de facto nicht mehr möglich ist, einen kompletten Löschzug dort unterzubringen, weil unsere Löschfahrzeuge auch von der neuen Bauart und wie sie jetzt gebaut sind, schon so groß sind, dass sie sie in dieses Gebäude fast nicht mehr einstellen können, wurden schon einige Notmaßnahmen gemacht. Dann gab es die Debatte, wie viel Mann Besetzung sollen dort sein, wenn sie auch schon mit manchem Fahrzeug gar nicht mehr ausrücken können. Auch da haben wir es in der Zwischenzeit einmal geschafft, dass die Feuerwache Kroisbach besetzt bleibt, gab aber dann auch ernsthafte Diskussionen, ich war auch mit dabei und habe mir die Sorgen unserer Feuerwehrmänner angehört. Wenn du nämlich mit einer kleineren Mannschaft oder nicht mit dem richtigen Material vor Ort ankommst, dann kennen Sie unsere Feuerwehrmänner, sie werden auch in ein brennendes Haus hineingehen, auch wenn sie noch zum richtigen Zeitpunkt nicht das richtige Material haben, weil es ihnen um Menschenleben geht und weil sie helfen wollen und da liegt ein großes Gefahrenpotential. Deswegen hat man auch hochgerechnet, um wie viel länger es dauern wird, bis dann tatsächlich ein Löschzug mit dementsprechenden Fahrzeugen und Material auch eintrifft. Wir haben uns im Moment darauf verständigt, dass diese interimistische Lösung, dass diese so bleibt und dass wir jetzt auch die Gespräche führen, inwieweit wir auch dann hinkünftig, um all die Anliegen und Sorgen der Bevölkerung dort auch noch ein bisschen verstärken zu können, auch mit freiwilliger Feuerwehr und mit Jugendfeuerwehr dann dieses Gebäude nutzen. Die Gespräche sind aber da noch nicht abgeschlossen. Aber noch einmal, diese Studie

hat damals ergeben, dass wir mit der Feuerwache Süd, mit dem Lendplatz und vor allem auch mit unserer Feuerwache am Dietrichsteinplatz, und das wird die erste sein, die ausfährt, ziemlich schnell Mariatrost versorgen können, nämlich so versorgen können, wie man sie auch wirklich braucht. Diese Fahrzeuge kannst du in dieses Gebäude einfach nicht mehr einstellen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Meißlitzer**: Es wird doch keiner glauben, dass Menschen, die bei der freiwilligen Feuerwehr in der Stadt Graz sich melden, daheim warten, bis Feuer ausbricht und bis es einen Alarm gibt. Ich meine, das ist ja wohl ein bisschen ad acta zu legen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, damit Sie das auch richtig verstehen. Freiwillige Feuerwehr und vor allem Jugendfeuerwehr, also da werden wir auch Platz brauchen, auch für unsere Kinder und Jugendlichen; die Versorgung auf Dauer dort sicherzustellen, ist einfach nicht mehr möglich, ich kriege da den Löschzug nicht hinein, das ist das Problem. Ich kriege sie einfach nicht hinein.

### 3) City of Design

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** stellt folgende Anfrage:

Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Anfang Oktober 2006 wurde im Rahmen des Trendsymposiums Kreativwirtschaft die Ergebnisse der Potentialanalyse Kreativwirtschaft im Großraum Graz präsentiert und der Kreativwirtschaft in und um Graz eine hohe Leistungsfähigkeit attestiert. Mehr als 30.000 Menschen sind in und um Graz in der Kreativwirtschaft tätig, das sind 12,5 % aller Erwerbstätigen und jährlich beträgt die Wertschaffung der Kreativbranche rund 1,5 Milliarden Euro. Das

macht die Kreativbranche zu einem wichtigen wirtschaftlichen Potential. Eines der Leitprojekte der Kreativindustrie Styria ist die Positionierung von Graz als attraktivste Second City und die Bewerbung als Aufnahme in das Creative Cities Network der UNESCO. Die Idee, Graz als City of Design zu positionieren, erfolgte vor dem Hintergrund idealer Rahmenbedingungen, denn Graz verfügt über hervorragende Voraussetzungen, um die Themen Design und Kreativität noch stärker zu positionieren (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), um daraus einen ökonomischen Mehrwert abzuleiten. Eine erfolgreiche Bewerbung bringt für die Stadt und die Menschen eine ganze Reihe an Vorteilen, die weit über die bloße Förderung der Kreativwirtschaftszene hinausgehen. Es sind insbesondere starke wirtschaftliche und touristische Impulse zu erwarten, die das Standing von Graz-attraktive und smarte City weiter stärken. Seit Dezember 2007 arbeitet die Kreativindustrie Styria GmbH an der Erstellung der Bewerbungsunterlagen, welche Ende Oktober fertiggestellt sein werden.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wie weit sind die Aktivitäten der Stadt Graz, sich als City of Design zu bewerben, bis dato fortgeschritten und welche nächsten Schritte sind in welchem Zeitrahmen von Ihrer Seite geplant?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, vielen Dank für die Anfrage, gibt mir Gelegenheit, auch dem gesamten Gemeinderat das mitzuteilen, was wir auch in einer gemeinsamen Runde mit Frau Vizebürgermeisterin und ihrer Klubchefin auch verhandelt haben, nämlich, dass die Vorbereitungsarbeiten durch die Gesellschaft, die zur Zeit von Seiten der Industrie und des Landes Steiermark finanziert wird, sehr weit fortgeschritten sind, dass man eine gemeinsame Bewerbung um den Dezember, vielleicht auch noch um den Jänner, dann auch abgeben möchte bei der UNESCO. Die Schritte, die wir setzen müssen, sind zwei Bereiche, das eine ist einmal, der Gesellschaft beizutreten, hier haben wir den Auftrag erteilt dem Herrn Finanzdirektor, dass das schnellstmöglich in den Gemeinderat kommen möge. Es gab auch noch ein paar Ungereimtheiten und so wird es voraussichtlich der nächste Gemeinderat sein, wo wir diesen Beitritt zum Unternehmen einmal beschließen können und darüber hinaus werden wir auch mit dem Budget im heurigen Jahr einen Finanzrahmen zu

beschließen haben, der noch nicht feststeht, sodass man dann auch die Projekte immer wieder abrufen kann, das heißt, es wird dann voraussichtlich im Dezemberbudgetbeschluss dann mit dabei sein.

#### **4) Unterstützung des Marienstüberls**

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer** stellt folgenden Antrag:

Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine erste Anfrage bezieht sich auf das Marienstüberl. Das Marienstüberl in der Keplerstraße 82 ist eine wichtige Einrichtung in unserer Stadt, wo ehrenamtliche MitarbeiterInnen und insbesondere Schwester Elisabeth mit unermüdlichem Einsatz die Menschen unterstützen, denen das Leben übel mitgespielt hat. Junge und mittellose Leute, Haftentlassene, MigrantInnen, aber auch PensionistInnen erhalten dort ein Essen, aber auch seelische Unterstützung und Zuspruch.

Der Anteil an Notleidenden ist jedoch in der letzten Zeit gestiegen und damit auch der erforderliche Arbeitseinsatz, der kaum mehr zu bewältigen ist. Das Marienstüberl braucht aus diesem Grund personelle Unterstützung in Form einer bezahlten Ganztagsstelle.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

#### **A n f r a g e :**

Sind Sie bereit, sich für eine Personalsubvention zur Anstellung einer Ganztagskraft im Marienstüberl einzusetzen und vielleicht auch an die Verantwortlichen des Landes heranzutreten, um gemeinsam dieser wichtigen Einrichtung der Stadt die erforderliche Unterstützung zukommen zu lassen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, ich habe dort selbst schon ein paar Mal Dienst getan, kann ich auch jedem auch wirklich nur einmal empfehlen. Es sind, glaube ich, 70 Pfarren, die vor längerer Zeit einmal beschlossen haben, ihre warme Stube quasi an einen Ort zu verlegen. Sie haben Recht, was die Schwester dort leistet, ist unglaublich, auch in der Art und Weise, wie sie es tut. Ich habe sie einmal gefragt, wann sie Urlaub nimmt und sie hat zu mir gesagt, ich habe meinen Herrgott und gehe jeden Tag schlafen. Es ist unglaublich, was diese Frau aushält, sie wird begleitet von, glaube ich, über 70 Ehrenamtlichen und darüber hinaus haben wir auch bisher, soweit ich das miterlebt habe draußen, immer wieder Zivildienstler gehabt, die auch in der Küche mitgeholfen haben. Ich höre jetzt das erste Mal davon, dass sie an ihren Kapazitäten anscheinend, an die Grenze gelangt sind, selbstverständlich werden wir uns drum kümmern (*Applaus KPÖ und ÖVP*).

StRin. **Edlinger**: Tatsache ist, dass es nicht nur personell eng wird beim Marienstüberl, sondern dass wir auch überlegen müssen, ob wir nicht räumlich eine Teilung herbeiführen können, weil es auch von der Raumkapazität her schon recht eng ist, weil der Zulauf derer, die einfach sich Unterstützung holen, holen müssen, stetig gewachsen ist erstens, das heißt, möglicherweise bräuchten wir sogar zwei Standorte, da sind wir am Überlegen. Die andere Geschichte ist, dass es auch gut wäre, dass die Menschen, die auf diese Einrichtung angewiesen sind, auch ein bisschen eine Abwechslung haben, ich sage es jetzt einmal sehr vereinfacht, aber dass man im Laufe einer Tagesstruktur auch an einem anderen Ort etwas anbieten kann. Aber da laufen Gespräche, nur letztendlich wird es einfach davon abhängen, welche Mittel zur Verfügung stehen und welche nicht (*Applaus SPÖ*).

## 5) Mehr finanzielle Unterstützung für die Schuldnerberatungsstelle

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Meine zweite bezieht sich auf die Schuldnerberatungsstelle und zwar, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Schuldnerberatungsstelle ist eine wichtige Einrichtung in der Stadt Graz, die unverzichtbare Arbeit leistet. Gerade in einer Zeit, wo der Anteil der Menschen steigt, die an und unter der Armutsgrenze leben und dadurch Gefahr laufen, sich zu verschulden, ist sie die Anlaufstelle, die professionelle Unterstützung bieten kann. Persönliche Beratungsgespräche und das Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten sind daher für viele in dieser Notsituation dringend erforderlich. In den letzten Jahren ist jedoch der Anteil der Hilfesuchenden beträchtlich gestiegen und das führt dazu, dass die Wartezeiten bei der Schuldnerberatungsstelle für ein persönliches Gespräch wegen ihrer äußerst geringen personellen Ausstattung überaus lang sind. Aber gerade bei einer Verschuldung ist schnelle Hilfe angesagt, eine Beratung, die rechtzeitig ansetzt, um vielleicht auch einen Privatkonkurs im Vorfeld abwenden zu können.

Namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

### **A n f r a g e :**

Sind Sie bereit, insbesondere bei den verantwortlichen Stellen des Landes dafür einzutreten, dass eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Schuldnerberatungsstelle so schnell als möglich umgesetzt wird (*Applaus KPÖ*)?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **6) Eltern nicht zusätzlich zur Kasse bitten**

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer** stellt folgenden Antrag:

Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Die Umsetzung der politischen Maßnahme, dass die Kindergärten in unserer Stadt gratis besucht werden können, ist ein wichtiger Schritt insbesondere hin zur Entlastung einkommensschwacher Eltern beziehungsweise AlleinerzieherInnen und zum Vorteil aller Kinder. Abgesehen davon, dass dafür Sorge getragen werden muss, dass auch für alle Kinder ein Platz zur Verfügung stehen muss, gibt es durch die Umstellung noch einige Verunsicherungen.

In der letzten Zeit wurde ich mehrmals damit konfrontiert, dass private Kindergärten in schriftlicher Form Eltern um eine freiwillige Spende ersucht haben. So wird argumentiert, dass zwar der gesetzliche Beitrag für das Essen bei 19 Euro liegt, aber weitere 36 Euro wünschenswert wären. In anderen Einrichtungen ist zum Beispiel geplant, den Bastelbeitrag zu erhöhen. Da die Betreiber der Kindergärten jedoch Förderungen in Aussicht gestellt bekommen haben, die den Erhalt garantieren sollen, finde ich es befremdlich, dass quasi über die Hintertür Eltern zusätzliche finanzielle Mittel entrichten sollen. Es ist Aufgabe der öffentlichen Hand, die Gratiskindergartenplätze für alle Kinder sicherzustellen.

Namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgende

### **A n f r a g e :**

Sind Sie bereit, dafür Sorge zu tragen, dass bei der Umstellung auf Gratiskindergärten nicht doch noch die Eltern zur Kasse gebeten werden und damit eine Gleichstellung aller Kinder gefährdet ist (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, ich glaube, dass wir ein Landesgesetz nicht als Hintertür bezeichnen sollten. Das Landesgesetz sieht vor, dass man jetzt durch die Beiträge des Landes wirklich zum Gratis-Kindergarten kommt, das steht aber dort auch ausdrücklich drinnen, dass das Einheben von Bastelbeiträgen und auch des täglichen Essens für die Kinder zu finanzieren ist. Und das ist einmal da, das ist ein Faktum. Das Zweite ist, die Aufsichtsbehörde dafür ist das Land Steiermark, ich denke mir, dass es, wenn es eine Gratiskinderbetreuung gibt, nach wie vor auch den Eltern zumutbar sein muss, dass sie für das tägliche Essen der Kinder auch

aufkommen. Wir haben eine besonders gesunde Küche eingeführt, wir haben eine Essensmahlzeit mit 2,80 Euro, wenn ich das jetzt auswendig noch von den Diskussionen, von den Kosten her habe, also auch relativ günstig, sie können auch in Graz-Umgebung und in vielen anderen Kindergärten in der Steiermark und in Österreich sich anschauen, was das kostet. Wir wissen aber auch, das war auch schon eine Diskussion bei uns, wenn man einen Essensbeitrag einhebt, wird es das eine oder das andere Kind auch treffen, weil Eltern vielleicht dazu gar nicht in der Lage sind, aber generell dann zu sagen, es soll nicht zu Essensbeiträgen und zu den Dingen kommen, das heißt, man soll das ändern dort, wo es wirklich nicht mehr geht, solche Situationen gibt es leider auch, aber ansonsten gehe ich davon aus, dass wir auch einen Essensbeitrag in der Stadt Graz haben. Da waren auch schon viele Kindergärten, private Einrichtungen, aber auch aus Graz-Umgebung bei mir, damit wir da auch vielleicht einmal mit einem annähernd einheitlichen Satz kommen, weil es da so unterschiedliche Dinge gibt (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Die Höhe ist für mich entscheidend.

Bgm. Mag. **Nagl**: In der Höhe können wir wirklich gut unterwegs sein, weil, wie gesagt, wir auch durch das Aufrechterhalten unserer Zentralküche und der tollen Mitarbeiter, die wir dort haben, auch ein Essen anbieten können, das, wie gesagt, relativ frisch geliefert wird, wir auch selbst steuern können, was wir den Kindern zu essen geben, es ist ja auch kein unwesentlicher Faktor, ob das jetzt einmal von Gastronomen kommt ohne auch die Ernährungsberatungstipps, die wir versuchen, da auch einzubauen und das Dritte ist, wie gesagt, die soziale Abfederung, wir werden kein Kind in unseren Einrichtungen hungern lassen (*Applaus ÖVP*).

## **7) Steuerentlastung für behinderte Menschen darf nicht vom Einkommen abhängig sein**

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Meine letzte Anfrage bezieht sich auf das Thema Steuerentlastung für behinderte Menschen darf nicht vom Einkommen abhängig sein. Wegen außergewöhnlicher Belastungen, die Behinderten im Vergleich zu Nicht- Behinderten entstehen, bietet das Steuerrecht Möglichkeiten, die erhöhten Kosten zu berücksichtigen.

Sie liegen dann vor, wenn Aufwendungen zwangsläufig erwachsen, außergewöhnlich sind und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des oder der Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen. Sie können bei der Einkommenssteuererklärung geltend gemacht werden und führen zu einer Verringerung des zu versteuernden Einkommens.

Eine Person gilt dann als behindert, wenn der Grad der Behinderung mindestens 25 Prozent beträgt. Der Pauschalbetrag ist abhängig vom Grad der Behinderung. So liegt zum Beispiel der jährliche Freibetrag bei einem Grad der Behinderung von 25 bis 34 Prozent bei 75 Euro. Darüber hinaus gibt es Freibeträge für dauerhafte Krankheiten, für Gehbehinderte und für behinderte Kinder.

Diese Möglichkeiten der steuerlichen Entlastung sind eine wichtige Maßnahme zur Unterstützung der Menschen, die aufgrund körperlicher und geistiger Behinderung in unserer Gesellschaft sehr häufig diskriminiert und vielfach auch ausgegrenzt werden. Aber er gilt leider nicht für alle, die davon betroffen sind. Denn Menschen, die sehr wenig verdienen, kommen nicht in den Genuss von Steuerabschreibungen, obwohl eine Behinderung vorliegt. Es entspricht nicht dem Gleichheitsgrundsatz, wenn Menschen mit Behinderung diesbezüglich unterschiedlich behandelt werden. Denn im Mittelpunkt muss der Sachverhalt der Behinderung stehen und nicht das Einkommen.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich somit an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

## **Anfrage:**

Sind Sie bereit, an die verantwortlichen Stellen des Bundes heranzutreten, um auf den Sachverhalt der Ungleichbehandlung von Menschen mit Behinderung in Bezug auf Steuerentlastungen hinzuweisen und eine Veränderung anzuregen, die sich ausschließlich an der Behinderung festschreiben? (Applaus KPÖ).

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **8) Beantwortung von Anfragen nach der Geschäftsordnung**

GRin. **Schloffer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Mein Anliegen betrifft heute die Beantwortung von Anfragen nach der Geschäftsordnung. Vor geraumer Zeit wurden von Ihnen drei meiner Anfragen der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. Dabei handelt es sich um folgende Themen:

- 1.: Wartehäuschen bei der GVB-Haltestelle „Gasthaus Heimkehrer“ von der Sitzung am 13. Dezember 2007.
- 2.: Golfplatz Andritz – Zaunverlängerung von der Gemeinderatssitzung, 13. Dezember 2007.
- 3.: Wartehäuschen bei der GVB-Bushaltestelle „Auf der Tändelwiese“, Gemeinderatssitzung vom 10. April 2008.

§ 46 des Statutes der Landeshauptstadt Graz besagt im Absatz 3: „Jedes Mitglied des Gemeinderates ist befugt, in allen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Stadt Anfragen an den Bürgermeister zu richten. Der Bürgermeister ist verpflichtet, spätestens in der dritten der Anfrage folgenden Sitzung mündlich oder schriftlich zu antworten.“

Diese Frist wurde längst überschritten. Es geht mir auch darum, dass man als Gemeinderätin mit ihren Anfragen ernst genommen wird. Deshalb ist es nicht richtig, wenn man so lange auf eine inhaltliche Antwort warten muss. An und für sich bin ich eine geduldige Person, so geduldig wie das Blatt Papier, auf dem es geschrieben ist. Mir ist auch bewusst, dass die Abteilungen mit Arbeiten zugeschüttet werden, überbelastet sind, teils unterbesetzt von Angestellten, aber trotzdem würde ich mich freuen, dass ich in nächster Zeit eine Antwort bekommen werde auf meine drei ausstehenden Anfragen.

Ich stelle daher die

### **A n f r a g e :**

Sind Sie bereit zu veranlassen, dass meine genannten drei Anliegen baldigst bearbeitet werden und ich die ausstehenden inhaltlichen Antworten erhalte?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! Sie haben drei Fragen an mich gerichtet, ich versuche, auch die eine oder andere Frage gleich aus dem Stegreif zu beantworten, damit wir dann auch nicht wirklich hineinkommen in diesen Arbeitsaufwand, der oft dann dahinter liegt in den unterschiedlichsten Abteilungen. Wenn es allerdings, und so haben wir es immer gehandhabt in der Geschichte der Stadt Graz, über eine Periode hinausgeht, also was in eine neue Gemeinderatsperiode hineinkommt, verfällt quasi, was noch nicht beantwortet ist, sind ja auch viele Gemeinderatsmitglieder nicht mehr da, das ist der Grund, wieso diese zwei Fragen aus dem vergangenen Jahr, aus dem Dezember 2007, zu keiner Antwort mehr geführt haben, was aber nicht heißt, dass die zuständigen Stellen hier nicht auch etwas unternommen haben, wenn sie das auch für richtig empfunden haben. Im dritten Punkt weiß ich von unserem Schriftführer, vom Herrn Polz, die Anfrage Wartehäuschen bei der GVB-Bushaltestelle auf der Tändelwiese ist gerade in Bearbeitung und wird in den nächsten Tagen zu Ihnen kommen.

## 9) Novellierung des Steiermärkischen Baugesetzes

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Fabisch**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Im April 2007 wurde in der Generalversammlung des Österreichischen Instituts für Bautechnik (OIB) einstimmig beschlossen, sechs Punkte in die Baugesetze der Länder einfließen zu lassen. Alle Punkte basieren auf Beratungen der 2000 eingesetzten Länderexpertengruppe.

Die sechs Richtlinien behandeln im Einzelnen folgende Gebiete:

1. Standsicherheit von Bauwerken
2. Brandschutz
3. Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz
4. Nutzungssicherheit, Barrierefreiheit
5. Schallschutz
6. bereits umgesetzt: Energieeinsparung und Wärmeschutz basierend auf einer EU-Richtlinie

Nach Aussage von Repräsentanten der Baupolizei werden die OIB-Richtlinien 1 bis 5 bereits angewandt. Das ist auch zu begrüßen, da sie dem aktuellen Stand der Technik entsprechen. Es gibt jedoch im bestehenden Baugesetz Bestimmungen, die diesen modernen Richtlinien widersprechen. In diesen Fällen ist die Baupolizei verpflichtet, das veraltete Gesetz anzuwenden, obwohl dieses Bestimmungen enthält, die nicht dem in den OIB-Richtlinien 1 bis 5 formulierten Stand der Technik entsprechen. Das geht auf Kosten von Sicherheit im Bau, beim Lärm- und Umweltschutz. Es wäre also dringend geboten, die Richtlinien in das Steiermärkische Baugesetz einfließen zu lassen, die Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Wien und Burgenland haben das bei ihren Baugesetzen bereits getan.

Die Stadt Graz müsste massives Interesse an einer Novellierung haben.

Deshalb richte ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **Anfrage:**

Welche Schritte wirst du unternehmen, damit auf Landesebene endlich begonnen wird, an einem Entwurf für eine umfassende Novellierung des Steiermärkischen Baugesetzes zu arbeiten (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Lieber Herr Gemeinderat, lieber Andreas! Du deckst mich ordentlich mit Arbeit ein. Wie du weißt, gibt es zwei Möglichkeiten, dass das im Land Steiermark behandelt wird. Die eine ist, oder es gibt drei, ich kann auch einen Brief schreiben, die zweite ist, wir machen wieder einmal eine Petition, nur kommt es dann wieder in den Petitionsausschuss und wird wieder dauern, die dritte Möglichkeit wäre für alle Fraktionen, die auch im Landtag vertreten sind, direkt es dort einzubringen, weil dann geht es einfach schnell. Aber ich sage einmal dazu, ich werde auch das thematisieren, aber es wäre gut, wenn sich die Klubobleute drüben treffen und wenn Kollege Kaltenegger das vielleicht auch gleich im Land oben selbst einbringt.

Mag. **Fabisch**: Wenn der Druck von der Stadt Graz in deiner Person natürlich auch sichtbar wird, glaube ich, wird es diese Angelegenheit beschleunigen. Danke.

### **10) Schließung von Postämtern in Graz**

GRin. **Benedik** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Benedik**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bezüglich der geplanten Schließung von sechs Postfilialen in Graz wurde in den Grazer Medien in den vergangenen Wochen und Monaten hinlänglich berichtet.

In der Gemeinderatssitzung vom 18.9.2008 haben Sie im Zuge einer Initiative der SPÖ auch kundgetan, bereits einen Brief an die Post AG geschrieben zu haben, in dem Sie davor warnen, die Infrastruktur abzubauen. Von diesem geplanten Abbau ist zum Beispiel auch die Filiale Peter-Tunner-Gasse in 8029 Graz betroffen. Im Falle einer tatsächlichen Schließung wäre in Zukunft für die Kunden somit zur nächsten Filiale am Hauptbahnhof eine zusätzliche Strecke von zwei Kilometern zurückzulegen.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir auf die dahinter stehende Widersprüchlichkeit dieser Vorgehensweise hinzuweisen. Während seitens der Stadt Graz vermehrt Initiativen gesetzt werden, den Individualverkehr einzudämmen, kommt es gleichzeitig zu einem verstärkten Abbau wichtiger Teile unserer Infrastruktur. Ein zentral gelegenes Postamt und dessen leichte Erreichbarkeit stellt nun einmal ein elementares Bedürfnis der Grazerinnen und Grazer dar.

Filialabbau und die damit verbundene erschwerte Erreichbarkeit erscheinen mir aber in dieser Frage als Schritt in die falsche Richtung. Diese Meinung wird auch von einer beträchtlichen Anzahl der Grazerinnen und Grazer geteilt. Alleine gegen die Schließung der Filiale Peter-Tunner-Gasse in 8029 Graz liegen mittlerweile mehr als 2000 Unterschriften vor. Da aber in ganz Österreich zahlreiche Postämter von einer geplanten Schließung betroffen sind und ich der Meinung bin, dass ein Brief Ihrerseits, so gut er auch gemeint sein mag, nicht ausreicht, um diese bedenkliche Entwicklung zu verhindern, deshalb stelle ich

namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

ob Sie bereit sind, sich mit Amtskolleginnen und -kollegen anderer betroffener Städte und Gemeinden in Verbindung zu setzen, um gemeinsame, geeignete Schritte gegen den geplanten infrastrukturellen Abbau von Postfilialen in ganz Österreich zu setzen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, hoher Gemeinderat! Ich werde diese Anfrage jetzt ausführlich beantworten. Es gibt ja zurzeit kaum eine politische Bewegung, die nicht hier, sage ich, durchaus schon nervös unterwegs ist und sagt, es geht doch um die Nahversorgung. Zuerst werden uns die Postkasteln abmontiert, jetzt werden wieder Postämter zusammengelegt und geschlossen, das gefällt uns nicht, weil wir auch die Post immer als eine ganz, ganz wichtige öffentliche Einrichtung gesehen haben und ich glaube, das wird allen hier herinnen so gehen. Wir wollen auch haben, dass vor allem die Seniorinnen und Senioren in unsere Stadt oder gehbehinderte Menschen noch die Möglichkeit haben, eine Sendung abzuholen beziehungsweise auch einen Brief aufzugeben. Damit wir aber nicht einstimmen in die Gerüchteküche, die da brodelt, möchte ich Ihnen jetzt ein paar Antworten geben. Sie wissen, es gibt viele Unterschriftenaktionen, eine davon lautet, die unter schwarz/blau/orange Regierung teilprivatisierte Post AG plant die Schließung von sechs, möglicherweise sogar acht oder neun, Postämtern in Graz, im Gespräch sind... und dann werden hier schon einige aufgezählt. Ich weiß persönlich von der Postdirektion, dass diese noch gar nicht feststehen. Ich darf hier nur als ein Beispiel zitieren, von der SPÖ in Umlauf gebrachtes Kampfblatt: „Für unsere Postämter, wir wehren uns gegen den Anschlag auf die Grundversorgung in unserem Bezirk und in unserer Stadt, wir fordern Bürgermeister Nagl auf, endlich zu handeln und sich diesem Angriff auf die Nahversorgung entgegenzustellen. Wir fordern den zuständigen ÖVP-Finanzminister Molterer auf, dem Zusperrwahn der Post AG endlich Einhalt zu gebieten“, soweit ein paar Kampfblätter, die hier unterwegs sind. Jetzt habe ich aber ein paar Hinweise, damit sich auch alle auskennen. Es ist mir wirklich ein Anliegen jetzt, weil da soviel durch die Gegend geistert, es geht jetzt um die gemeinsame Sache, deswegen möchte ich jetzt über alle Parteigrenzen hinweg etwas zur Aufklärung beitragen. Ganz, ganz wichtig ist, wenn es um die Post geht, haben wir auch eine Gesetzesmaterie dazu. Das Bundesrecht, die gesamten Rechtsvorschriften für Post- und Universaldienstverordnung, so heißt es, einen Langtitel gibt es auch noch, zuständig dafür, und das wird wahrscheinlich auch bekannt sein, nur fehlt er mir da irgendwie auf diesem Kampfblatt drauf, bitte um Ergänzung, es ist eine Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologien, wer ist das? Viele kennen ihn noch nicht richtig und ich bitte, den vielleicht wirklich zu ergänzen auf diesem Blatt, weil der Bundesminister Faymann auch die Zuständigkeit für diese gesetzliche Regelung innehat (*Applaus ÖVP*). Jetzt komme ich wieder zurück. Es ist

ein ernstes Thema und selbstverständlich habe ich da nicht die Hände in den Schoß gelegt und diese Debatte nur in den Zeitungen mir mitangesehen, sondern ich habe versucht, einmal zu handeln. Es gab schon seit längerem regelmäßige Gespräche mit der Post, wo sie gesagt haben, sie kündigen uns auch nur an, dass das einmal passieren wird, aber es ist noch nicht in die Wege geleitet. Sie wissen auch noch nicht genau, wann, aber ich habe jetzt einen Brief zurückbekommen, ich habe natürlich dem Herrn Generaldirektor Dr. Wais geschrieben und ich habe folgende Antwort bekommen: „Zu Ihrem an unseren Herrn Generaldirektor Dr. Wais gerichteten Schreiben aus dem September 2008 darf ich Ihnen mitteilen, dass die Österreichische Post AG stets bemüht ist, die postalische Infrastruktur entsprechend den Bedürfnissen der Kunden nach modernen zeitgerechten Kriterien zu gestalten. Dazu gehören Standortverlegungen an bessere Plätze, der Ausbau von Filialen zu echten, den Bedürfnissen einer Großstadt entsprechenden Dienstleistungszentren mit erweiterten Öffnungszeiten, rund um die Uhr zugänglichen SB-Zonen und in diesem Zusammenhang auch das Zusammenziehen von kleinen, räumlich oft sehr ungenügenden, aber auch sicherheitstechnisch problematischen Postämtern zu größeren, freundlichen, hellen, leicht zugänglichen, vor allem aber auch behindertengerechten Einheiten. Ein Termin zu diesem Thema wird persönlich mit meinem Büro koordiniert“, schreibt er noch, den Termin gibt es mittlerweile. Jetzt komme ich auf die Regelung, auf die bundesgesetzliche Regelung zurück, wie kann man denn überhaupt ein Postamt schließen? Muss man da was beachten, ja oder nein, und da möchte ich Ihnen den Gesetzestext jetzt vorlesen. Im ersten Abschnitt, im § 3, ist bei den Postgeschäftsstellen Folgendes niedergeschrieben: Der Universaldienstbetreiber ist verpflichtet, eine ausreichende flächendeckende Versorgung mit Postgeschäftsstellen sicherzustellen. Als Postgeschäftsstelle gelten Postämter oder Postagenturen, Postämter werden vom Universaldienstbetreiber mit eigenem Personal betrieben, Postagenturen werden auf Grund einer vertraglichen Vereinbarung mit dem Universaldienstbetreiber betrieben. Zweitens: Durch das derzeit bestehende Netz an Postgeschäftsstellen gilt eine flächendeckende Versorgung im Sinne des § 4 Postgesetzes 1997 als gegeben. Ein Postamt darf nur geschlossen werden, wenn erstens die kostendeckende Führung des Postamtes auf Grund mangelnder Kundennachfrage dauerhaft ausgeschlossen und zweitens die Erbringung des Universaldienstes durch eine Postgeschäftsstelle oder durch Landzusteller (mobiles Postamt) gewährleistet ist. Vor der beabsichtigten Schließung

eines Postamtes hat der Universaldienstbetreiber die von diesem Postamt bisher versorgten Gemeinden zeitgerecht zu informieren und im einvernehmlichen Zusammenwirken mit den betroffenen Gemeinden innerhalb von drei Monaten alternative Lösungen zu suchen, mit dem Bemühen, den Standort zu erhalten. Dabei ist insbesondere auch auf regionale Gegebenheiten Bedacht zu nehmen. Der Universaldienstbetreiber hat den betroffenen Gemeinden entsprechende Unterlagen vorzulegen, welche die Voraussetzungen gemäß Abs. 3 belegen. Unbeschadet allfälliger Vorschläge der Gemeinden hat der Universaldienstbetreiber den betroffenen Gemeinden jedenfalls konkrete Vorschläge zur Erhaltung der Versorgungsqualität zu unterbreiten. Der Bewerbung, eine Postagentur zu betreiben, oder einem entsprechenden Vorschlag einer Gemeinde ist nach Möglichkeit zu entsprechen, eine solche vertragliche Vereinbarung darf keine unbillige Belastung für die Vertragspartner enthalten. Ist die Versorgung durch eine Postagentur nicht mehr möglich, ist die Erbringung des Universaldienstes jedenfalls durch Landzusteller sicherzustellen.

Das heißt ganz konkret, sobald die Post jetzt wirklich weiß, was sie in Graz vorhat, und sie hat hier ein Konzept vom Joanneum Research ausarbeiten lassen, so wurde es mir berichtet, wird sie uns diese Pläne vorlegen. Dann beginnt die Drei-Monats-Frist zu laufen, wo wir mit der Post dann auch Verhandlungen führen werden. Also, wenn ich so sagen darf, die Aufregung ist berechtigt und auch gut so, wir haben uns jetzt auch kundig gemacht und wissen da auch unsere Rechte, die wir auch zu wahren haben im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, wir werden das gemeinsam mit der Post auch diskutieren. Es sind auch alle Fraktionen eingeladen, an diesen Diskussionen teilzunehmen und wie gesagt, ein Termin mit der Direktion ist bereits vereinbart, aber da wird es aller Voraussicht nach noch nicht zum letztgültigen Entwurf der Post kommen, soweit sind sie, soweit ich weiß, noch nicht. Soll sich in den nächsten Wochen aber abspielen. Es muss ja dann eh ein Verhandlungsprocedere auch losgetreten werden und dann wäre es gescheit, wenn wir das gemeinsam auch verhandeln würden und ich sage noch einmal dazu, das sind jetzt einmal auch unsere gesetzlichen Hintergründe und das Procedere, wie das abläuft. Also da bitte ich dann auch, alle Unterschriften möglichst, es sind ja viele Unterschriften schon gesammelt worden, ich weiß, allein bei meiner Fraktion hat Gerda Gesek schon rund 10.000 Unterschriften zusammengetragen, das ist keine

Kleinigkeit (*Applaus ÖVP*) und deswegen wäre es gut, wenn wir die auch alle zusammensammeln, es waren da viele Bemühungen...

***Zwischenruf GRin. Gesek: Nicht ich allein, sondern auch Kollege Kvas.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Da haben viele schon mitgeholfen, aber du warst auch schon einmal da.

***Zwischenruf GRin. Benedik: Wir auch, Herr Bürgermeister.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Und jetzt komme ich ganz konkret zur Anfrage. Alle Parteien waren da fleißig, von dir weiß ich nur diese große Summe, bei den anderen Fraktionen weiß ich es noch nicht.

***Zwischenruf GRin. Benedik: Viel mehr.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Viel mehr, dann bitte gleich morgen mir zustellen, ich habe die nächsten Tage den Termin. Jetzt aber wieder zurück. Sie haben natürlich jetzt eine neue Facette hinzugebracht, die neue Facette heißt, lassen wir uns das doch gemeinsam in Österreich so nicht gefallen und reden wir auch mit den anderen Städten und Gemeinden. Aber wenn der Bundestext eben klar sagt, es muss in jeder Gemeinde eben hingeschaut werden. Ich bitte schon auch, und das ist auch

nicht unwesentlich, wir haben bei der Post auch als teilprivatisiertes Unternehmen viele Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer und da sollte man schon dran denken, dass die auch hinkünftig ein Unternehmen weiterentwickeln müssen, das wettbewerbsfähig bleibt. Wir haben gar nichts davon, wenn unsere Post dann noch und noch alles schließen muss und nur mehr private Betreiber da sind. Deswegen würde ich mir wünschen, dass wir auch der Post und den Vertretern der Post ernsthaft zuhören und auch einmal schauen, wie sie diese Versorgungssicherheit gewährleisten wollen und nur dort, wo wir wirklich sagen, da brennt es, da haben wir Seniorenheime oder eine Altersstruktur oder behinderte Menschen usw. dort sollte man dann schauen, dass wir uns auch wirklich ins Zeug legen. Also ich möchte nicht jegliche Reform der Post AG im Keim ersticken, ich glaube, da sollten wir die Post als Partner ernst nehmen und wir sollten auch schauen, dass der eine oder andere Postkasten dann wieder aufgehängt wird. Es vergeht kaum eine Woche, wo ich nicht einen solchen Wunsch bei mir am Schreibtisch habe. Danke vielmals. Ich hoffe, dass ich damit auch umfassend Ihre Frage beantwortet habe (*Applaus ÖVP*).